

## **Geschichte der Opposition in der DDR**

### **Von der Diktaturerrichtung bis zur Diktaturüberwindung**

Die Geschichte autoritärer oder totalitärer Regimes ist auch eine Geschichte von Opposition und Widerstand. Ein Staat mit totalitärem Anspruch provoziert und produziert entgegen seinen eigenen Intentionen unentwegt verschiedenste Formen widerständigen Verhaltens. Die dem System von der Mehrheit der Bevölkerung gleichzeitig jahrzehntelang entgegengebrachte Loyalität ist kein Indikator dafür, wie die Bevölkerung tatsächlich empfindet. Die SED-Führung schaffte es gerade noch, wie der englische Historiker Timothy Garton Ash Ende der 80er Jahre in der DDR beobachtete, die Körper der Menschen zu mobilisieren, aber nicht deren Herzen und Gedanken. Allerdings hat sich immer nur eine Minderheit aktiv und öffentlich gegen die Anmaßungen des „Maßnahmestaates“ gewehrt und versucht, diesen zu bekämpfen und die von den Herrschenden bewusst stillgelegte Gesellschaft zu mobilisieren.

Von der Errichtung der kommunistischen Diktatur nach 1945 bis zur Revolution gegen die Diktatur im Herbst 1989 dauerte es über 40 Jahre. Welthistorisch war dies nur ein Wimpernschlag, für die Betroffenen jedoch Schicksal. Niemand wird als Held geboren und schon gar nicht, um zeitlebens im Widerstand gegen übermächtige Staaten zu opponieren. Es gibt auch keine Lehrbücher, die Widerstand und Opposition lehren. Nur das Leben und seine Wechselfälle sowie das ethische Fundament, auf dem jemand steht, sind die Lehrmeister. Das Beispiel des Nationalsozialismus zeigt dies anschaulich.

Der größte Teil der deutschen Gesellschaft war in die Hitler-Diktatur verwickelt. Und es zählte zu einer folgenschweren Erblast der deutschen Geschichte, dass sich bis 1933 nur wenige demokratische Knospen und Blüten in der Gesellschaft entwickeln konnten, die von den Nationalsozialisten problemlos entwurzelt wurden. Der preußische Staat mit seinem auf die Obrigkeit und deren Repräsentanten ausgerichteten Denken hatte verhindert, dass sich in Deutschland bis 1933 eine wirkungsmächtige Tradition breit entwickelte, die die Ideen von 1789 und 1848 fortgeführt hätte. Als Hitler 1933 die Macht übernahm, war die deutsche Gesellschaft nicht nur nicht geschockt, sondern begrüßte mehrheitlich das totalitäre Staatswesen und unterstützte es nachhaltig. Bis zum Ende des Krieges 1945 basierte die Hitler-Diktatur auf der Unterstützung, Zustimmung, Loyalität oder wenigstens missmutigen Hinnahme des überwältigenden Teils der Bevölkerung. Erst als der Krieg ab 1941/42 mit Luftangriffen zunehmend auch Deutschland selbst betraf und zerstörte, begannen sich immer mehr Menschen still vom Regime abzuwenden. Aber zu offener Opposition, zum nachhaltigen Widerstand gegen das System bekannte sich immer nur ein sehr kleiner Teil der Bevölkerung.

In den ersten Jahren der Diktatur, 1933–36, waren es vor allem die beiden verbotenen Arbeiterparteien SPD und KPD, die gegen die nationalsozialistische Diktatur Widerstand entfalteten. Sie mussten dafür einen hohen Blutzoll entrichten. Hinzu kam, dass viele Tausend Gegner des Systems das Land verlassen mussten, wollten sie ihr Leben schützen. Zwar wurde dem Regime auch aus der Kirche Widerstand entgegengesetzt, aber der verstand sich nur in einem kleinen Teil als politischer Widerstand. Zunächst ging es vor allem darum, die kirchliche Autonomie zu bewahren und den Staat an der Okkupation der beiden Kirchen zu behindern. Hinzu kam, dass sich Teile der Kirchen gegen die Judenverfolgung wandten. In der zweiten Phase der Diktatur, 1936–41, verringerte sich der politische Widerstand, da zum einen die KPD und SPD

sowohl durch Verhaftungen als auch durch Emigration erhebliche Verluste zu beklagen hatten und zum anderen das Regime sich einer breiten Welle der Zustimmung sicher sein konnte, was durch die Kriegserfolge bis 1941 noch verstärkt wurde.

Nach dem Überfall auf die Sowjetunion 1941 und dem allmählichen Rückschlag des Krieges nach Deutschland selbst begann sich ein breiterer Widerstand gegen die Diktatur zu entfalten und zu entwickeln, der nun über kommunistische und sozialdemokratische Kräfte hinaus relevante Teile der gesamten Gesellschaft umfasste: Dazu zählten Widerstandsgruppen des Militärs ebenso wie Kreise, die sich aus bürgerlich-demokratischen Milieus rekrutierten bzw. religiöse Motive für ihren Widerstand aufwiesen. Insgesamt aber war der politische Widerstand gegen das NS-Regime stets – gemessen an der Bevölkerungszahl – auf eine kleine Gruppe beschränkt. Schätzungsweise zählten zu den aktiven politischen Gegnern der nationalsozialistischen Diktatur etwa 10.000 Bürgerinnen und Bürger in Deutschland.

Vor diesem Hintergrund besaßen die deutschen Kommunisten 1945 ungeachtet ihrer totalitären Weltanschauung im Nachkriegsdeutschland zunächst einen moralischen Kredit, den weite Teile der Gesellschaft respektierten. Ihre Forderung, wirtschaftliche und gesellschaftliche Strukturen zu schaffen, die niemals wieder eine solche Diktatur ermöglichen, stieß auf breite Zustimmung. Gleichwohl wurde bereits in den ersten Jahren deutlich, dass sie eine neue Diktatur am Vorbild der Sowjetunion aufbauten, was zu vielfältigen Widerstands- und Oppositionerscheinungen führte. Viele wollten nach den schrecklichen Diktatur- und Kriegserfahrungen einen echten Neuanfang. Der brutale Polizeiterror, den zunächst die sowjetischen Besatzungstruppen, dann sowjetische Geheimdienste und schließlich die politische Geheimpolizei in der sowjetischen Besatzungszone (SBZ) bzw. der DDR ausübten, führte insbesondere

in den späten 40er und den frühen 50er Jahren zu vielfältigem Widerstand gegen die kommunistische Diktatur. Für spätere Jahre aber war es wiederum typisch, dass nicht selten Widerstand und Opposition von jenen ausging, die in die SED-Diktatur selbst verstrickt waren oder zumindest als deren Anhänger galten.

Opposition und Widerstand, die während der gesamten Geschichte des „Kommunismus an der Macht“ zu den gesellschaftsprägenden Charakteristika zählten, existierten in den kommunistischen Staaten offiziell nicht, weil dafür nach Ansicht der Machthaber keine objektiven oder sozialen Grundlagen vorhanden seien. Vielmehr regiere die herrschende Partei, so die Parteiführer, im Sinne des gesamten Volkes, sodass jede Opposition objektiv gegen die Interessen des Volkes agiere. Bei strafrechtlichen Verfolgungen von Oppositionellen wurde geleugnet, dass es sich um politische Repressionen handele. Oppositionelle wurden als „gewöhnliche“ Verbrecher gebrandmarkt.

Die 50er Jahre waren entgegen den Verlautbarungen der Machthabenden aber reich an Opposition, Widerstand, aber auch an Verfolgungen, Repressalien und Verurteilungen. Ins kollektive Gedächtnis der ostdeutschen Bevölkerung einschließlich der SED-Führung prägte sich vor allem der Volksaufstand vom 17. Juni 1953 ein. Die SED-Führung hatte damit 1953 vor Augen geführt bekommen, dass eine deutliche Mehrheit der Bevölkerung gegen die kommunistische Herrschaft eingestellt war und diese nur erduldet. Der DDR-Führung war ebenso bedeutet worden, dass ihre Macht allein auf sowjetischen Bajonetten beruhte. Die Bevölkerung musste wie später die Polen, die Ungarn, die Tschechen und die Slowaken erfahren, dass die kommunistischen Machthaber so lange ihre Herrschaft ausüben würden, so lange sie die „internationalistische Hilfe“ der Roten Armee in Anspruch nehmen konnten.

Die oppositionellen, widerständigen und regimekritischen Verhaltensweisen in der DDR-Geschichte lassen sich auf keinen Hauptnenner bringen. Ein Oppositions- und Widerstandsdogma gab es nicht (Karl Wilhelm Fricke). Trotz erheblicher Schwierigkeiten, Widerstand und Opposition schlüssig zu definieren und eine Typologie widerständigen Verhaltens zu erstellen, sollte zwischen der fundamentalen Gegnerschaft sozialdemokratischer, christlicher und anderer Gruppen bzw. Einzelpersonen in den späten 40er und 50er Jahren einerseits sowie zwischen den überwiegend auf Reformen gerichteten Gruppierungen der 70er und 80er Jahre andererseits unterschieden werden. Die zuerst genannte Gruppe von SED-Gegnern kämpfte bewusst gegen die kommunistische Parteidiktatur und die Sowjetisierung der SBZ, verfügte (so in den „Ostbüros“ von SPD, FDP und CDU, im Untersuchungsausschuss freiheitlicher Juristen oder in der Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit) über Ansprechpartner und Gesinnungsgenossen im westlichen Teil Deutschlands. Sie wollte die kommunistische Herrschaft stürzen und strebte nach parlamentarischer Demokratie und Wiedervereinigung. Sie war von Anfang an illegal und musste konspirativ arbeiten, während sich die oppositionellen Gruppierungen der 70er und 80er Jahre relativ offen entfalten konnten. Beide Grundmuster widerständigen Verhaltens gab es jedoch auch in den jeweils anderen Phasen, in denen fundamentale Gegnerschaft und Reformwille dominierten. Darüber hinaus sind die Übergänge fließend.

In der SBZ und in der frühen DDR wehrten sich in der CDU und LDP begrenzt Teile der Mitgliedschaft jahrelang gegen die kommunistische Hegemonie. Widerstand kam teilweise aus den beiden Kirchen; allerdings ging die Verfolgung der Jungen Gemeinden Anfang der 50er Jahre weniger auf deren Systemopposition, sondern mehr auf die Furcht der SED vor einer unabhängigen geistigen Gegenmacht zurück. Besonders harte Verfolgungen trafen – wie schon während der nationalsozialistischen Diktatur – mit dem Verbot 1950 die Zeugen

Jehovas. Wesentliche Träger von Opposition und Widerstand in den 50er Jahren waren Jugendliche, Schüler und Studenten, die sich nach den Erfahrungen des Nationalsozialismus nicht erneut wehrlos einer Diktatur ausgeliefert sehen wollten.

Innerhalb der SED widersetzten sich schon bald nach der Zwangsvereinigung von KPD und SPD ehemalige Sozialdemokraten, die sich sowohl innerhalb der SED als auch außerhalb nicht selten in illegalen Gruppen zusammenschlossen. Ihr Widerstand konnte jedoch trotz verschiedener Wellen innerparteilicher „Säuberungen“ nicht ausgeschaltet werden. Insgesamt wurden zwischen 1948 und 1950 rund 200.000 Sozialdemokraten aus der SED entfernt, mehr als 5.000 inhaftiert und mehrere Hundert verloren in Internierungslagern, ostdeutschen Zuchthäusern und sowjetischen Arbeitslagern ihr Leben.

Die Kontinuität der Opposition in den 50er Jahren wurde vor allem aus zwei Gründen permanent unterhöhlt: Zum einen erwiesen sich die Verfolgungen durch die SED, das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) und die sowjetischen Besatzer als ungleich härter und brutaler als nach dem Mauerbau 1961, speziell ab den 70er Jahren. Hohe Zuchthaus- und Gefängnisstrafen für vergleichsweise geringe Vergehen rissen immer wieder Lücken in die Reihen der Oppositionellen. Zum anderen entzogen sich viele einer drohenden oder vermuteten Verhaftung durch Flucht nach Westdeutschland. Das war nach dem 13. August 1961, dem Tag des Mauerbaus, weitaus schwieriger und gefährlicher. Damit endete auch der relativ weit verbreitete fundamentale antikommunistische Widerstand in der DDR. Die Unzufriedenheit mit dem System verdeutlichen am besten die Zahlen der Geflüchteten: Zwischen 1950 und 1961 flohen bei einer durchschnittlichen Bevölkerungszahl von 17 Millionen insgesamt etwa 2,6 Millionen Bürgerinnen und Bürger aus der DDR in die Bundesrepublik. Die Opposition erfuhr durch diesen Flüchtlingsstrom eine permanente Schwächung.

Während bis zum Mauerbau die eindeutige Ablehnung des Regimes überwog und selbst die sozialistische Opposition für ein einheitliches Deutschland eintrat, verlagerte sich nach der Grenzschießung die Opposition zunächst in vorpolitische Felder und Aktionsräume. Obwohl sich die Formen der Repressalien nach 1961 verfeinerten und sich ihrer brachialen Methoden scheinbar entledigten („Zersetzung“ wurde nun die entscheidende Maßnahme, der „lautlose Terror“), nahm die DDR nun viel deutlichere Züge eines Orwell’schen Überwachungsstaates an als bis 1961. Insgesamt war die politisch bewusste und aktive Opposition in der DDR auf einige Tausend Menschen beschränkt. Gleichwohl saßen permanent Tausende Gefangene in den Gefängnissen und Zuchthäusern, die aus politischen Gründen verurteilt worden waren. Das betraf in der DDR-Geschichte insgesamt mehr als 250.000 Personen.

Die politische Opposition setzte sich bis Mitte 70er Jahre maßgeblich aus zwei Gruppen zusammen: Einmal aus Intellektuellen, die weiterhin der sozialistischen Idee anhängen und zumeist konspirativ wirkten, sodass sie kaum eine Außenwirkung erzielten. Die zweite Gruppe fand sich in der evangelischen Kirche, wo einige kirchliche Würdenträger von protestantischen Standpunkten aus theologische, theoretische und teilweise praktische Opposition gegen die Diktatur betrieben. Die Mehrheit lebte entweder unzufrieden, aber angepasst, oder versuchte ein selbstbestimmtes Leben aufzubauen, das sich gegen die verordneten Normen stellte, ohne sich allerdings politisch zu artikulieren.

In der Zeit zwischen dem Mauerbau und der Ausbürgerung Wolf Biermanns 1976 äußerte sich Opposition zunächst als Kulturopposition. Vor allem in der Jugend setzte ein Rückzug von Staat und Gesellschaft ein. Man wollte seine Geschicke wieder in die eigenen Hände nehmen und die Grenzen der Diktatur ausloten, indem neue Lebensweisen ausprobiert und praktiziert wurden. Unruhen und

Demonstrationen im Umkreis von Beat- und Rockveranstaltungen erinnerten an die „Jazz- und Rock’n’Roll-Unruhen“ in den 50er Jahren, wie sie nicht nur in der DDR, sondern auch in den USA oder in der Bundesrepublik auftraten. In Ostdeutschland wurden Jazz- und Rock’n’Roll-Fans jedoch teilweise zu hohen Zuchthausstrafen verurteilt, weil sie – so die offizielle Begründung – dem „amerikanischen Kulturimperialismus“ Vorschub geleistet hätten.

Im Umkreis des Prager Frühlings 1968 kam es in der DDR zu einer Vielzahl von Protestformen. Diese reichten von Befehlsverweigerungen in den bewaffneten Organen über das Verteilen von selbst gefertigten Flugblättern, spontanen Kurzdemonstrationen bis hin zur Weigerung, die geforderten Zustimmungserklärungen zum Einmarsch von Truppen des Warschauer Paktes in die Tschechoslowakei zu unterschreiben. Knapp 1.200 Personen wurden für ihre Proteste gegen den Einmarsch strafrechtlich belangt, 75 Prozent davon waren unter 30 Jahren alt und über 84 Prozent waren Arbeiter. Tatsächlich zählten im Gegensatz zu den 50er Jahren, als Oberschüler, Studenten und Intellektuelle zu den Aktivposten der Opposition gehörten, nach dem Mauerbau nur noch in Ausnahmefällen Oberschüler oder Studenten zur politischen Opposition. Die politische Selektion und die soziale Korruption funktionierten nun weitaus effizienter.

Es gibt in der DDR-Geschichte eine Reihe von Jahren, die für sich eine besondere historische Stellung reklamieren können. Dazu gehören die Jahre 1953, 1961 und 1989. Aus einer widerstandshistorischen Perspektive muss auch das Jahr 1976 dazu gerechnet werden. Im August 1976 verbrannte sich der protestantische Pfarrer Oskar Brüsewitz aus Protest gegen die SED-Diktatur selbst. Diese Tat erschütterte das Verhältnis zwischen Kirche und Staat. Die Ausbürgerung von Wolf Biermann im November 1976, dem während eines Konzerts in Köln die



DDR-Staatsbürgerschaft aberkannt wurde, erwies sich als ein wichtiger Katalysator für die Herausbildung einer neuen Opposition.

Neben der Ausbürgerung und der Selbstverbrennung zählen außenpolitische Ereignisse als weitere Katalysatoren dazu, so die KSZE-Schlussakte von Helsinki 1975, die Gründung der Bürgerrechtsbewegung Charta 77 in der Tschechoslowakei, der Einmarsch der sowjetischen Truppen in Afghanistan 1979, die Solidarność in Polen ab 1980 und die Entwicklung ab Mitte der 80er Jahre in der Sowjetunion und in Ungarn.

Nach der Ausbürgerung Wolf Biermanns formierten sich zwei Richtungen von Kritikern in der DDR: Die „Hierbleiber“ und die „Wegzügler“. Während die Vertreter der letzten Gruppe bestrebt waren, so schnell es ging nach Westdeutschland auszureisen, versuchten sich die Vertreter der ersten Gruppe, in der DDR einzurichten und eigene funktionsfähige politische Strukturen aufzubauen. Dieser Weg erwies sich als ungleich schwieriger, gefährvoller und widersprüchlicher als der zunächst kompliziertere, in den Westen zu gelangen.

In Reaktion auf die zunehmende Militarisierung der Gesellschaft und das weltweite forcierte Wettrüsten ab Ende der 70er Jahre formierten sich in zahlreichen evangelischen Kirchengemeinden Friedenskreise. Mitglieder dieser Gruppen waren auch Personen, die keiner Kirche angehörten. Da sich die Kirchenleitung um ein gutes Verhältnis zur Staatsführung bemühte, war die Beziehung zwischen den Kirchen und den Gruppen nicht immer spannungsfrei. Allerdings wurden die Friedenskreise von einer Reihe kritisch eingestellter Pfarrer, Diakone und kirchlicher Mitarbeiter unterstützt. Von besonderer Bedeutung in den ersten Jahren war die (bis 1989 unerfüllt gebliebene) Forderung nach einem zivilen Ersatzdienst, die vor allem von Bausoldaten und Wehrdienstverweigerern erhoben wurde.

Als größte oppositionelle Massenbewegung nach dem Juni 1953 ging die Protestbewegung „Schwerter zu Pflugscharen“ 1980–82 in die DDR-Geschichte ein. Diese Bewegung überschritt die Grenzen der Kirchen und verschärfte die Konflikte zwischen Kirchenleitung und unabhängigen Gruppen. Ihr Symbol fand diese Bewegung, die gegen Aufrüstung und Militarisierung und für Demokratisierung eintrat, im biblischen Bild vom Schmied, der ein Schwert in eine Pflugschar umschmiedet. Ironischerweise hatte die sowjetische Regierung eben dieses Symbol den Vereinten Nationen als Denkmal geschenkt. In New York vor dem UNO-Hauptquartier steht es noch immer, in den offiziellen DDR-Jugendweihebüchern war es als Foto abgebildet. Als aber dieses Symbol als Aufnäher der unabhängigen Friedensbewegung verteilt wurde und vor allem von – weit über 100.000 – kritisch eingestellten Jugendlichen offen getragen wurde, gingen Parteiführung und Staatssicherheit drastisch dagegen vor und sprachen faktisch ein Verbot dieses weltweiten Friedenssymbols aus.

Die unabhängigen Friedensgruppen, die sich später in Umwelt-, Frauen-, Dritte-Welt-, Totalwehrdienstverweigerergruppen usw. differenzierten, arbeiteten im Gegensatz zu den konspirativ wirkenden oppositionellen Zirkeln der 60er und 70er Jahren öffentlich. Ihr Anliegen bestand darin, offene Dialoge einzufordern und eine möglichst breite Öffentlichkeit anzusprechen, wobei sie unterschiedliche Aktionsformen wie Friedensdekaden, Friedensseminare, Friedenswerkstätten, Fastenaktionen, Bluesmessen, Samisdat oder Eingaben nutzten.

Auch sozialistische Dissidenten wie Robert Havemann näherten sich der Friedensbewegung an. Ende 1981 forderte Havemann in einem offenen Brief an den sowjetischen Staats- und Parteichef Leonid Breschnew die Überwindung der Blockkonfrontation und plädierte dafür, den Deutschen ihr Selbstbestimmungsrecht zurückzugeben. Als Höhepunkt gestaltete sich der von

ihm und Pfarrer Rainer Eppelmann verfasste „Berliner Appell“ im Januar 1982, dem in kurzer Zeit mehr als 2.000 Personen per Unterschrift zustimmten. Der Aufruf forderte den Abbau der alltäglichen Militarisierung und der Feindbilder ebenso wie die Beseitigung der globalen Blockkonfrontation. Ähnliche Forderungen erhoben kirchennahe, aber auch kirchenunabhängige Gruppen wie die Friedensgemeinschaft Jena oder Frauen für den Frieden.

Mitte der 80er Jahre begannen – deutlich später als in den anderen kommunistischen Staaten – Versuche, die Menschenrechtsfrage zu thematisieren. Zuvor war dies fast ausschließlich in kirchlichen Gremien oder von kirchlichen Würdenträgern erfolgt. In einem Papier der Initiative Frieden und Menschenrechte (IFM) hieß es Mitte der 80er Jahre: „Unser Friedensbegriff enthält aber nicht nur die Vorstellung der Überwindung der Ursachen von Aggressionen und Gewalt in den internationalen Beziehungen, sondern auch im Inneren der Staaten.“ Man war sich mit vielen anderen Bewegungen in Europa darin einig, dass innerer und äußerer Friede zwei Seiten ein und derselben Medaille seien. Davon unberührt blieb weitgehend die Frage der deutschen Einheit. Während man gerade in Ostmitteleuropa von einer Überwindung der deutschen Teilung die Demokratisierung des eigenen Landes erhoffte, gingen die meisten Oppositionellen in der DDR davon aus, dass die Lösung der deutschen Frage nur in einem gemeinsamen europäischen Haus und unter Beteiligung aller europäischen Nachbarn und der Supermächte gelöst werden könne.

Die Opposition in den 80er Jahren hatte viele Gesichter. Die bewusst politische und sich selbst als Opposition begreifende Gruppe war alles in allem klein und auf wenige Regionen und Großstädte begrenzt. Ihre Ausdifferenzierung nahm bereits Mitte der 80er Jahre einen hohen Grad an, sodass es unmöglich ist, von „der“ DDR-Opposition zu sprechen. „DDR-Opposition“ als einheitliche Größe, als Monolith, war eine Fiktion ihrer Gegner, eine Fiktion, die jedoch bis heute als

Legende zu überdauern scheint. In den programmatischen Erklärungen lassen sich alle möglichen Standpunkte, Forderungen und Anschauungen finden, nur jene nicht, wonach die SED-Diktatur zu erhalten sei. Die Forderung nach Abschaffung der Diktatur war allerdings nicht gleichbedeutend mit der Forderung nach Beseitigung der DDR. Die Demokratisierung der DDR wurde vielmehr als eine Voraussetzung zur Lösung der deutschen Frage angesehen.

Die größten Unterschiede zwischen und in den oppositionellen Gruppen gab es bezüglich ihres Verhältnisses zur Bundesrepublik. Während etwa die Berliner Gruppen „Gegenstimmen“, Friedrichsfelder Friedenskreis oder die Umwelt-Bibliothek nicht mit westlichen Parteien „Krokodilstränen über Menschenrechtsverletzungen in der DDR zerdrücken [wollten], die andererseits eine menschenverachtende Asylpolitik befürworteten und [...] brutale Diktaturen wie in Südafrika und Chile“ unterstützten, versuchten andere Gruppen, wie die Initiative Frieden und Menschenrechte, gezielt, die westdeutsche Öffentlichkeit für die eigene Arbeit zu nutzen. Das schloss auch ein, Gespräche mit allen relevanten politischen Kräften des Westens zu suchen.

Die wichtigsten Ziele der Opposition in der DDR bestanden darin, die DDR zu demokratisieren, ein gesellschaftliches Gespräch in Gang zu setzen, die verknöcherten Strukturen aufzubrechen, der SED ihren Alleinvertretungsanspruch streitig zu machen, die Medien zu reformieren, Entscheidungsfindungsprozesse transparent zu gestalten, Reisefreiheit und überhaupt die allgemeinen Menschenrechte durchzusetzen, rechtsstaatliche Strukturen zu schaffen, die jüngere Geschichte ihrer „weißen Flecken“ zu entledigen usw. Gerade die undogmatische, nichtkommunistische Opposition sah ihre Aufgabe darin, Prozesse und Entwicklungen anzuschieben, aber nicht schon wieder mit fertigen Modellen und Strukturen aufzuwarten. Das ist auch ein Grund dafür, warum gesamtgesellschaftliche Alternativvorschläge fehlten und warum

die deutsche Frage insgesamt eher marginalisiert diskutiert wurde. Hinzu kam noch, dass bei der Mehrheit der Oppositionellen – Ausnahmen waren zum Beispiel die späteren Gründer der Sozialdemokratischen Partei in der DDR – eine prinzipielle Staatskepsis herrschte. Dem Staat mit seinen Institutionen und seinem Gewaltmonopol brachte man unabhängig von der DDR ein tiefes Misstrauen entgegen. Dieser Argwohn legte sich nach 1989 bei einer Reihe von Bürgerrechtlern, während andere daran festhielten und heute zu den schärfsten Kritikern der in den etablierten Parteien aktiven ehemaligen Oppositionellen zählen.

Spätestens ab Ende 1987 war die Existenz einer Oppositionsbewegung in der DDR weder innerhalb noch außerhalb des Landes zu leugnen. Großangelegte Razzien der Staatssicherheit gegen in Kirchen gelegene oppositionelle Einrichtungen, öffentliche und medienwirksame Protestaktionen von Bürgerrechtlern und Ausreisewilligen sowie Ausbürgerungen von prominenten Oppositionellen führten ab November 1987 inner- und außerhalb der DDR zu Solidarisierungsschüben mit der Opposition, die bis zum Herbst 1989 nicht mehr abrisen. Die Inkubationsphase, die zur Herausbildung der Bürgerbewegungen 1989 führte, hatte spätestens im November 1987, als das MfS die Berliner Umweltbibliothek besetzt, Material beschlagnahmt und Verhaftungen vorgenommen hatte, begonnen.

Nachdem es schon ab der ersten Hälfte der 80er Jahre mehr oder weniger erfolgreiche Versuche gegeben hatte, überregionale Zusammenschlüsse und Vernetzungen der Oppositionsgruppen zu erreichen (Frieden konkret, Solidarische Kirche, Kirche von Unten, Ökologisches Netzwerk Arche, Umweltbibliotheken, Wehrdienstverweigerer) rief die Initiative Frieden und Menschenrechte im März 1989 zu einer DDR-weiten Vernetzung auf. Zwar war diesem Versuch nur mäßiger Erfolg beschieden, jedoch bildeten sich ab Sommer

1989 eine Reihe von landesweiten Gruppen, die die wichtigsten oppositionellen Akteure vereinten.

Die innenpolitische Krise mit einer nicht mehr abreißenden Fluchtbewegung verschärfte sich ab 1988 erheblich. Proteste gegen das Verbot sowjetischer Filme und Zeitschriften, gegen die Relegierung Ost-Berliner Oberschüler wegen pazifistischer Äußerungen, gegen die Wahlfälschung vom Mai 1989 und gegen die propagandistische Verherrlichung der Niederschlagung der chinesischen Demokratiebewegung in den DDR-Medien führten der Opposition tausendfach neue Mitglieder zu. Differenzen innerhalb der Gruppen ermöglichten es zudem, der schon immer gegebenen pluralistischen Ausrichtung der Oppositionsbewegung durch neue Vereinigungen ihr spezifisches Antlitz zu verleihen. Neben der Initiative Frieden und Menschenrechte, den Umweltbibliotheken und anderen formierten sich ab September 1989 Bürgerbewegungen wie das Neue Forum, Demokratie Jetzt und der Demokratische Aufbruch. Später kamen noch Vereinigungen und Parteien wie die Grünen, die aus der Böhlemer Plattform hervorgegangene Vereinigte Linke, der Unabhängige Frauenverband oder die Deutsche Soziale Union hinzu.

Während das Neue Forum, Demokratie Jetzt, der Demokratische Aufbruch, aber auch die Grünen und die Vereinigte Linke hauptsächlich von langjährigen Oppositionellen, die schon in den Jahren zuvor überwiegend in anderen Gruppierungen zusammengearbeitet hatten, gegründet worden waren, erfolgten spätere Gründungen wie die des Unabhängige Frauenverbandes oder der Deutschen Sozialen Union schon unter tatkräftiger Anteilnahme von langjährigen SED-Mitgliedern oder von bis zum Herbst 1989 politisch Angepassten. Das Neue Forum, Demokratie Jetzt und der Demokratische Aufbruch verstanden sich anfangs als Sammlungsbewegungen, die allen offenstanden, die an der Demokratisierung der DDR tatkräftig mitwirken wollten.

Im Gegensatz dazu wurde die Sozialdemokratische Partei in der DDR (SDP) am 7. Oktober 1989 ausdrücklich als Partei gegründet, um deutlich anzuzeigen, dass sie der SED ihren Machtanspruch streitig machen wollte. Schon in ihren ersten Dokumenten bekannte sie sich zu sozialer und ökologischer Marktwirtschaft, Rechtsstaatlichkeit, Gewaltenteilung und parlamentarischer Demokratie.

Im Zuge der sich überstürzenden Entwicklung ab dem 9. November 1989, dem Tag des Mauerfalls, differenzierte sich die Bürgerbewegung weiter aus. Gleichzeitig gingen einige Vereinigungen mit Blick auf die Volkskammerwahlen am 18. März 1990 Wahlbündnisse ein. Zu den wesentlichsten Erfolgen der Opposition nach dem Mauerfall zählten die Auflösung des MfS, die Installierung des Zentralen Runden Tisches sowie die bis heute andauernden Auseinandersetzungen um die DDR-Geschichte. Die Verabschiedung des Stasiunterlagengesetzes ist noch immer das sichtbarste Ergebnis des Engagements der Bürgerbewegungen.

Die Volkskammerwahlen fielen für die Bürgerbewegungen ambivalent aus. Die klassischen Gruppierungen der Bürgerbewegung wie das Neue Forum, Demokratie Jetzt und die Initiative Frieden und Menschenrechte, die sich als Bündnis '90 zu einem Wahlbündnis zusammengeschlossen hatten, konnten nur wenige Vertreter in die erste und einzige frei gewählte Volkskammer entsenden (sie erhielten nur 2,91 % der Stimmen und zwölf Mandate). Die Grünen waren mit dem Unabhängigen Frauenverband ein Wahlbündnis eingegangen und erreichten 1,97 % der Stimmen (acht Mandate). Die Vereinigte Linke war mit einem Abgeordneten in der Volkskammer vertreten. Allerdings waren Vertreter der Opposition auch im Demokratischen Aufbruch oder in der SDP vertreten, die nach dem 18. März an der Koalitionsregierung beteiligt waren und Ministerämter

stellten. Die Geschichte von Opposition und Widerstand in der DDR hatte mit dieser Wahl ihr Ende gefunden.

Wenn es überhaupt eine gemeinsame Klammer in der Oppositionsgeschichte der DDR zwischen 1945–49 und 1989/90 gab, so die Forderung nach demokratischen Wahlen, die alle Widerstandskräfte von Anfang an erhoben. Viele andere gesellschaftspolitischen Ziele und vor allem die Frage, wie diese erreicht werden sollten, unterschieden sich zum Teil erheblich voneinander. Es ist dennoch durchaus naheliegend, die Oppositionellen aus den 40er und 50er Jahren als Vorkämpfer der Friedlichen Revolution von 1989 zu begreifen. Auch die gescheiterte Revolution von 1953 fand in der geglückten Revolution von 1989 eine unverhoffte und späte Erfüllung.

Auch wenn es prinzipiell richtig ist, dass in den 50er Jahren der Widerstand primär antikommunistisch und fundamental ausgerichtet war und sich bis in die 80er Jahre vor dem Hintergrund der internationalen Rahmenbedingungen immer stärker reformorientiert entwickelte, so ist dennoch zu betonen, dass es bereits in den 50er Jahre eine breite reformorientierte Opposition gab und dass auch noch in den 80er Jahren ein antikommunistisch-fundamentaler Widerstand existierte, der durchaus bereit war, Gewalt gegen Sachen und Personen anzuwenden. Ein bekanntes Beispiel dafür ist Josef Kneifel, der am späten Abend des 9. März 1980 versuchte, mit einem selbstgebauten Sprengsatz das sowjetische Panzerdenkmal in Karl-Marx-Stadt (Chemnitz) zu zerstören. Kneifel, der bereits 1975 aus politischen Gründen eine zehnmonatige Haftstrafe erhalten hatte, wollte mit dieser Tat gegen die sowjetische Intervention in Afghanistan und gegen die andauernde sowjetische Besetzung der DDR protestieren. Er erhielt eine lebenslängliche Zuchthausstrafe, von der er siebeneinhalb Jahre absitzen musste, ehe ihn die Bundesregierung freikaufen konnte. In den Archiven des MfS sind



eine ganze Reihe solcher und ähnlicher Widerstandsakte überliefert, die es von der Forschung noch systematisch aufzuarbeiten gilt.

Mit der Revolution von 1989 sind die meisten auf das politische System der DDR ausgerichteten Ziele der Opposition obsolet geworden. Damit ist nicht gesagt, dass alle Ziele auch umgesetzt worden wären. Aber die wichtigsten, die einen offenen Streit und ein gefahrloses Engagement für eine zivile Bürgergesellschaft, für die Weiterentwicklung der Demokratie und den Ausbau der Rechtssicherheit garantieren, wurden erreicht. Freilich bleiben andere Aufgaben offen, wie zum Beispiel – um Schlagwörter zu benutzen – Entmilitarisierung, Ökologie, Geschlechterfrage, soziale Ungerechtigkeit, Immigration und Minoritätenproblematik, Nord-Süd-Gefälle, Geheimdienste usw., für die es weiter lohnt zu streiten und sich zu engagieren. Aber, und das ist der entscheidende Unterschied, der demokratische Rechtsstaat stellt eine Fülle von Mitteln und Wegen zur Verfügung, die man anwenden und benutzen kann, um solche Probleme anzusprechen, in der Öffentlichkeit zu diskutieren und einer allmählichen Lösung zuzuführen.

So sehr zu unterstreichen ist, dass die Opposition gegen die kommunistische Diktatur mit ihrem Untergang nicht nur bedeutungslos, sondern ebenfalls zur Historie geworden ist, so sehr muss darauf hingewiesen werden, dass die subjektiven Erfahrungen damit keineswegs an Wert verloren haben. Ganz im Gegenteil, denn das Wissen, unter diktatorischen Verhältnissen nicht nur gelebt, sondern sich auch gegen diese Verhältnisse gewehrt zu haben, sollte dazu beitragen, auch die heute notwendige Zivilcourage und Selbstbehauptung zu verteidigen und offensiv zu vertreten. Diese persönlichen Erfahrungen sind unmittelbare Beiträge, um den antitotalitären Konsens zu stärken und zu festigen. Diese Erfahrungen gilt es weiterzutragen, um die Mahnung an die Gefahren des Totalitarismus wachzuhalten.

Nach zwei Diktaturen können und dürfen wir in Deutschland niemals so tun, als hätte es keinen deutschen Totalitarismus gegeben. Wir hatten zwei sehr unterschiedliche Formen von totalitären Diktaturen in Deutschland. Die Mahnung vor ihnen muss zugleich eine Mahnung vor einer eventuellen dritten Form sein, von der keiner wissen kann, wie sie aussehen könnte. Die Erfahrungen sollten produktiv gemacht und bildungspolitisch verdeutlicht werden, auch um auf die vielen Diktaturen, die heute noch bestehen, hinzuweisen, um sich gegen diese zu engagieren. Gerade die massenhaften Erfahrungen, die beim Weg vom Obrigkeitsstaat zur Demokratie gemacht werden mussten, zeigen plastisch, dass die Menschenrechtsfrage niemals als gelöst angesehen werden kann, nirgendwo auf der Welt. Hinzu kommt, dass auch die Demokratie kein starres System ist, das für immer gegeben ist, sobald es einmal erreicht wurde.

Demokratie ist nicht nur eine Organisationsform, sondern vor allem eine Lebensform, eine Form der Weltanschauung und Weltgestaltung. Das muss jeder Generation immer wieder neu vermittelt werden. Um das zu erreichen, ist es nicht zuletzt notwendig, die persönlichen und gesellschaftlichen Diktaturerfahrungen weiterzugeben und plastisch zu veranschaulichen. Sie können die Demokratie fördern, stärken und schützen.

Ilko-Sascha Kowalczyk

Letzte Aktualisierung: 09/16